

Besser als in Deutschland?

Eine Umfrage über Lehre und Forschung an österreichischen Universitäten

| BERNHARD KEPPLER | VERONIKA SOMOZA | ANDREAS PFAFFEL | VERONIKA KNOLL | CHRISTIANE SPIEL | **Die aktuelle Situation von Forschung und Lehre an österreichischen Universitäten wurde vom Verband der Universitätsprofessoren und Universitätsprofessorinnen (UPV) in Anlehnung an eine aktuelle Umfrage des Deutschen Hochschulverbandes durchgeführt. Das Resultat offenbart viele Parallelen zur Situation in Deutschland.**

Die Hochschullehrerumfrage des Deutschen Hochschulverbandes im Jahr 2016 zeigte eindrucksvoll, wie gut gemeinte politische Maßnahmen sich in eine Verschlechterung der Verhältnisse verkehren oder zumindest Erwartungen unerfüllt lassen können (Forschung & Lehre, 2017/1, 974-976). Mit großem Interesse wurden die Ergebnisse an Österreichs Universitäten aufgenommen. Im vergangenen Herbst führte der Österreichische Verband der Universitätsprofessoren und Universitätsprofessorinnen (UPV) nun erstmals eine vergleichbare Umfrage zur Situation an den heimischen Universitäten durch. Ziel war es, achtzehn Jahre nach dem Start des Bologna-Prozesses und fünfzehn Jahre nach einer grundlegenden Universitätsreform durch das österreichische Universitätsgesetz (UG

2002), das den Universitäten neue organisationsrechtliche Strukturen und Autonomie verschafft hat, eine repräsentative Einschätzung zu Forschung und Lehre vorzulegen. Die Umfrage war auch eine Reaktion auf gewichtige Stimmen aus der österreichischen Forschungsgemeinde, die weitere Reformmaßnahmen als Voraussetzung für ein

»Die Orientierung an kurzfristigen Projekten wird als nachteilig für den wissenschaftlichen Nachwuchs bewertet.«

qualitätsorientiertes Studieren forderten. Grund dafür sind die stark steigenden Studierendenzahlen verbunden mit dem weitgehend freien Hochschulzugang in Österreich. Auch führte der Bologna-Prozess aus Sicht der österreichischen Studierenden keineswegs zu den angestrebten verbesserten Studienbedingun-

gen (Zeitschrift für Hochschulentwicklung, Juni 2011/2).

Bildungsexperten sehen die Situation an den österreichischen Universitäten ebenfalls als problematisch an. So wurde z.B. im Rahmen der Tagung „Die europäische Universität“ an der Universität Klagenfurt 2015 kritisiert, dass die Universität zunehmend zum Unternehmen wird, welches Mittel über Wettbewerb anstatt über Grundfinanzierung erhält. Die Orientierung an kurzfristigen Projekten wurde als nachteilig für den wissenschaftlichen Nachwuchs bewertet. Anstelle von Forscherdrang und Faszination bedürfe Wissenschaft als Beruf nun vor allem einer strategisch motivierten Fokussierung auf Zitationsindizes und des Einwerbens von kompetitiv vergebenen Mitteln, kritisierten die Bildungsexperten.

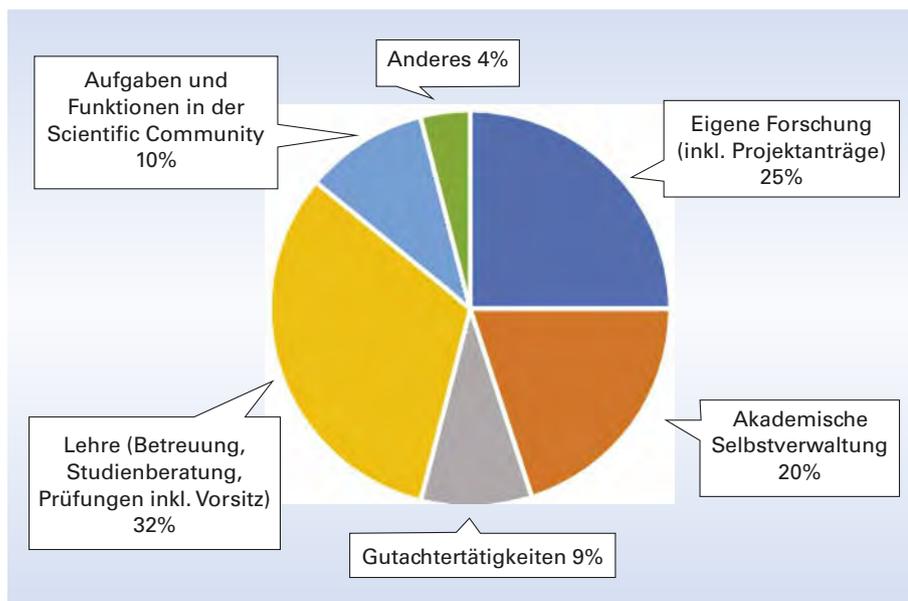
Die anhaltenden Kritiken führten zu der bereits 2016 diskutierten und inzwischen gesetzlich beschlossenen Neuregelung von Studienzugang und Universitätsfinanzierung. Auch diese aktuelle und sehr richtungsweisende Gesetzesänderung nahm der UVP in seine Umfrage auf.

Das Befragungsinstrument wurde von Mitgliedern des UPV-Präsidiums unter Mitarbeit weiterer Kollegen konzipiert und im Auftrag des UPV vom Marktforschungsunternehmen mm.insights im November und Dezember 2017 durchgeführt. Angeschrieben wurden insgesamt 2 059 Professorinnen (nach § 99 und § 98 UG sogenannte full professors) an 15 österreichischen Universitäten. Ausgenommen wurden Kolleginnen und Kollegen an Kunstuniversitäten und Privatuniversitäten, da für diese Einrichtungen von den Universitäten u. a. abweichende Zugangsregelungen und Finanzierungs-

AUTOREN



Univ.-Prof. Dr. Dr. **Bernhard Keppler**, Univ.-Prof. Dr. **Veronika Somoza**, Dr. **Andreas Pfaffel**, Mag. **Veronika Knoll**, Univ.-Prof. Dr. Dr. **Christiane Spiel**, Universität Wien



Grafik 1: Tätigkeiten und Arbeitsaufwand. Frage: Wenn Sie die Zeit, die Sie für Ihre Tätigkeiten während des Semesters insgesamt auf 100% setzen: Wieviel Prozent beträgt der Anteil für jede der aufgelisteten Tätigkeiten?

modelle gelten. Themen der Befragung waren der Arbeitsalltag der Professoren, eigene Forschungsaktivitäten, Forschungshindernisse, die Lehre und die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses. Erfragt wurden zudem Einschätzungen zu Hochschulreformen in Österreich und dem Bologna-Prozess. Die Zustimmung der Teilnehmenden zu vorgegebenen Aussagen wurde auf einer vierstufigen Ratingskala (trifft nicht zu, trifft wenig zu, trifft eher zu, trifft sehr zu) quantitativ erfasst. Die hohe Rücklaufquote von 31,3 Prozent (645 ausgefüllte Fragebögen) bestätigt einmal mehr die Aktualität der ausgewählten Themenkreise.

Bisher liegen in Österreich keine Daten vor, mit denen die Ergebnisse der UPV-Umfrage verglichen werden könnten. Daher wurde – sofern möglich – ein Vergleich mit den Ergebnissen der Hochschullehrer-Umfrage des Deutschen Hochschulverbandes von 2016 durchgeführt.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Herausforderungen im akademischen Arbeitsalltag an deutschen und österreichischen Universitäten ähnlich gelagert sind. In beiden Ländern beklagen Professoren den zunehmenden Aufwand für Verwaltungsaufgaben und die universitäre Bürokratie, die inzwischen als hauptsächliche Forschungshindernisse betrachtet werden: 81 Prozent der Befragten in Österreich gaben an, dass die akademische Selbstverwaltung die For-

schungstätigkeit hemmt, für 80 Prozent galt dies gleichermaßen für die universitären Verwaltungsabläufe. Nur ein Viertel der Zeit wenden Professoren in Österreich für die eigene Forschungstätigkeit (einschließlich der Ausarbeitung von Projektanträgen) auf, 22 Prozent waren es in Deutschland (ohne Anträge). Der Aufwand für akademische Selbstverwaltung wurde mit 20 Prozent angegeben, 2016 in Deutschland mit 16 Prozent. Demgegenüber gaben deutsche Professoren an, für Lehre einschließlich Beratung und Prüfungen 37 Prozent ihrer Arbeitszeit aufzuwenden; die Anga-

»In beiden Ländern beklagen Professoren den zunehmenden Aufwand für Verwaltungsaufgaben.«

ben der österreichischen Professoren waren mit 32 Prozent der Arbeitszeit etwas niedriger (Grafik 1).

Ähnlich negativ wie die deutschen Hochschullehrer beurteilten auch die österreichischen Professoren den Bologna-Prozess. Beide Gruppen beklagten die dadurch entstandene Zunahme der Bürokratie an den Hochschulen (74 Prozent Zustimmung in Österreich, 79 Prozent in Deutschland). Nur ein relativ kleiner Teil der Befragten in Österreich war der Ansicht, dass durch Bologna die durchschnittliche Studierendauer verringert wurde (37 Prozent), Studierende früher in den Arbeitsmarkt

integriert werden (31 Prozent) oder Studienprogramme leichter auf die Anforderungen dynamischer Arbeitsmärkte reagieren können (18 Prozent). Die Erleichterung der Mobilität der Studierenden (57 Prozent Zustimmung) und internationale Vergleichbarkeit und Anerkennung von Studiengängen (53 Prozent Zustimmung) wurden dagegen von etwas mehr als der Hälfte der Teilnehmenden positiv bewertet. Damit attestierte die österreichische Professorschenschaft, ähnlich wie die österreichischen Studierenden (siehe oben), dem Bologna-Prozess eine nur mangelhafte Zielerreichung.

Ein besonders problematisches Thema ist gemäß der Befragungsergebnisse nach wie vor die Zukunft des wissenschaftlichen Nachwuchses (vgl. Forschung & Lehre 2018/4, 298). Nur 39 Prozent der Befragten waren bei der aktuellen UPV-Umfrage der Ansicht, dass Jungwissenschaftler eine gute Chance hätten, eine Karriere als Hochschullehrer oder Forscher einzuschlagen; 41 Prozent waren es 2016 in Deutschland. Selbst für hochqualifizierte Nachwuchswissenschaftler wurden die Universitäten, auch auf langfristige Sicht, als wenig attraktive Arbeitgeber gesehen. Die Professoren gaben an zu befürchten, dass künftig mehr hochqualifizierte Forscher in die Wirtschaft abwandern könnten. Im Vergleich mit internationalen Forschungseinrichtungen wurden die heimischen Universitäten aber als noch konkurrenzfähig angesehen (Tabelle 1).

Das österreichische Universitätsgesetz 2002 und einige der Novellierungen wurden dagegen durchaus positiv bewertet. Dies betrifft vor allem die Autonomie der Universitäten, die von 74 Prozent der Professoren als unerlässlich befürwortet wurde, die Einführung von Tenure Track-Stellen (73 Prozent Zustimmung) sowie die Verbesserung der Internationalisierung (64 Prozent Zustimmung). Inwiefern die Autonomie den Professoren selbst Vorteile brachte oder Stellen für Bewerber aus dem Ausland attraktiver machte, wurde dagegen sehr unterschiedlich beurteilt. Die Umfrageergebnisse bestätigten auch den Reformbedarf im Studienbereich. Laut den Professoren ist die persönliche Betreuung von Studierenden aufgrund der hohen Studierendenzahlen nur mehr eingeschränkt möglich.

Die finanziellen Bedingungen für die eigene Forschung beurteilten die

**TABELLE 1:
ZUR SITUATION DES WISSENSCHAFTLICHEN NACHWUCHSES**

Frage	% Zustimmung*
Begabte Nachwuchswissenschaftler/innen haben gute Chancen, eine Laufbahn als Hochschullehrer/in oder Forscher/in einzuschlagen.	39%
Für hochqualifizierte junge Forscher/innen ist die Universität – auch auf langfristige Sicht – ein attraktiver Arbeitgeber.	41%
Die Chancen, eine Anstellung an einer Hochschule zu bekommen, sind für Frauen und Männer (bei gleicher Qualifikation) gleich.	75%
Es besteht zunehmend die Gefahr, dass hochqualifizierte Forscher/innen von der Universität in die Wirtschaft abwandern.	77%
Österreichische Nachwuchswissenschaftler/innen ziehen internationale (Forschungs-)Einrichtungen den heimischen vor.	45%

Anm.: * ... trifft eher zu/trifft sehr zu.

österreichischen Hochschullehrer schlechter als die deutschen Kollegen: Laut UPV-Umfrage sind 84 Prozent der Ansicht, dass derzeit wenig bis gar keine Forschungsmittel aus dem verfügbaren Budget bereitgestellt werden, in Deutschland waren es nur 68 Prozent. Auch die Chancen auf Forschungsförderungen sehen die österreichischen Professoren negativer: Die Aussage „Zurzeit ist es fast aussichtslos, Forschungsmittel zu bekommen; es lohnt sich kaum, Anträge zu stellen“ wurde von 64 Prozent als sehr oder eher zutreffend bewertet, 2016 in Deutschland von nur 27 Prozent. Ein Ergebnis, das sich durch die Dotierung von DFG res-

pektive FWF erklären lässt. Gleichzeitig wurde der Druck, Drittmittel einzuwerben, von 91 Prozent der Professoren in Österreich als hoch eingeschätzt. Mainstream Forschung wird laut Umfrageergebnisse eher gefördert und ist auch leichter publizierbar: Während bei der Umfrage des DHV nur 15 Prozent der Aussage „Häufig erforscht man keine neuartigen Sachverhalte mehr, aus Sorge, dass man die Ergebnisse nicht publizieren kann“ zustimmten, bejahten nicht weniger als 64 Prozent der Professoren in Österreich eine ähnliche Frage („Neuartige Sachverhalte werden nicht erforscht, aus Sorge, dass sie nicht dem wissenschaftlichen Main-

stream entsprechen und dadurch das Publizieren erschwert wird.“).

Derzeit sind die mittel- und langfristigen Auswirkungen der jüngsten, 2018 beschlossenen Gesetzesänderung, die neben einer verbesserten Finanzierung der Universitäten auch in gewissem Ausmaß eine Lenkung des Studierendenzustroms zulässt, noch nicht abzuschätzen. Sie wurde jedoch von drei Viertel der befragten Professoren als ein wichtiger und notwendiger Reformschritt begrüßt. Der UPV hält es aber für dringend notwendig, die durch diese gesetzlichen Maßnahmen initiierte Umsetzung an den einzelnen Universitäten regelmäßig zu evaluieren. Es liegt nun auch in der Verantwortung der autonomen Universitäten, die neuen Freiräume zu nutzen, und den Forschenden und Lehrenden wie auch den Studierenden bessere, international vergleichbare Arbeitsbedingungen zu bieten.

Da im kommenden Herbst an vielen österreichischen Universitäten die Rektorswahlen stattfinden, wurden die Professoren auch gebeten anzugeben, welche Eigenschaften für einen künftigen Rektor besonders wichtig sind. Die Ergebnisse zeigten, dass vor allem Soft Skills wie Ehrlichkeit (84 Prozent) und Fairness (82 Prozent) sehr hoch bewertet werden. Managementqualitäten und die Expertise, eine Universität möglichst gut nach außen zu repräsentieren, wurden als weniger wichtig eingestuft.

Forschung & Lehre

Positionieren, kommentieren, diskutieren

Sind Tierversuche ein wichtiger Bestandteil für die Wissenschaft oder sollten sie verboten werden?

Glauben Sie, dass Frauen den Wettbewerb meiden?

Wie ist Ihre Meinung zu Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen?

Diskutieren Sie mit – auf der neuen Website von Forschung & Lehre

www.forschung-und-lehre.de

Jetzt mit vielen Artikeln zum Kommentieren